# Geset = Sammlung

Urlandlich unter Unterer Rochen sich wirft aber felerschen und beigebrucktem

## Königlichen Preußischen Staaten.

### mladii Nr. 18 -

Befet, betreffend bie unentgeltliche Uebereignung zweier Abichnitte bes großen Thiergartens in Berlin an bas Reich, G. 169. - Berfügung bes Justigminifters, betreffend bie Unlegung bes Grumbbudis für einen Theil bes Bezirks bes Amtsgerichts Ofterobe am Barg, G. 170. - Berfügung bes Juftigminiftere, betreffend bie Anlegung bee Grundbuche fur einen Theil ber Begirte ber Umtegerichte Albenhoven, Duren, Cupen, Seineberg, Julid, Malmedy, Bonn, Citorf, Gustirchen, Rheinbad, Bod, Rempen am Rhein, Ahrweiler, Cobleng, Cochem, Rirn, Münftermaifeld, Simmern, Trarbach, Bell, Munden Blabbach, Oplaben, Obenfirden, Grevenbrvich, Lebach, Bolflingen, Reuerburg, Mergig, Maunen und hermesfeil, G. 171. - Bekanntmachung ber nach bem Gefet vom 10. April 1872 burch bie Regierunge. Amteblatter publigirten landesberrlichen Erlaffe, Urfunden at., G. 173.

(Nr. 9738.) Befet, betreffend bie unentgeltliche Uebereignung zweier Abschnitte bes großen Thiergartens in Berlin an bas Reich. Dom 26. April 1895.

Vir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zustimmung der beiden Säufer des Landtages der Monarchie, für den zum Begirt des Annegenands Ofterode am Harz arbeitglof knut S. 1. milate nipolifaring

Derjenige Abschmitt bes großen Thiergartens in Berlin im Flächeninhalte von 15,77 Ar, welcher am Königsplate chedem unter Rr. 2 gelegen, in den Bauplat zum Reichstagsbau einbezogen worden ift, sowie derjenige Abschnitt des großen Thiergartens im Tlächeninhalte von 24,52 Ar, welcher zur Anlage einer Strafe an ber Gudseite bes Reichstagsbaues verwendet worden ift, werden dem Reiche unentaeltlich übereignet.

Der auf 131 000 Mark abgeschätte Gesammtwerth ber abgetretenen Landflachen (S. 1) ift in Beachtung der Bestimmung unter Mr. VII der Berordnung wegen ber fünftigen Behandlung des gefammten Staatsschuldenwesens vom 17. Januar 1820 (Gefet Samml. S. 9) Der Staatsschuldentilgungsfaffe-aus allgemeinen Staatsfonds zuzuführen.

Gefet . Samml. 1895. (Nr. 9738 - 9739.)

Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Kaltenbronn, den 26. April 1895. 119 (h)

### (L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. Thielen. Bosse. Bronsart v. Schellendorff. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt.

Bedy sempen on Rhein, Abraulter Cohrani, Cohon, Ried Andrenaetche, Ciamera, Archode, R.H. Winder Glabbach, Oplaben, Oberfleden, Chreschieh, Edock, Eddlingen, Reserbarg, Berief

(Nr. 9739.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für einen Theil des Bezirks des Amtsgerichts Osterode am Harz. Vom 9. Mai 1895.

Auf Grund des S. 35 des Gesetzes über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover (Gesetze Samml. 1873 S. 253, 1879 S. 11) bestimmt der Justizminister, daß die zur Ammeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im S. 32 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlußfrist von sechs Monaten

für den zum Bezirk des Amtsgerichts Ofterode am Harz gehörigen Gemeindebezirk Wulften

am 15. Juni 1895 beginnen foll. Angland and machine aging part

wolfe Berlin, den 9. Mai 1895. modele ogalgement me redden alle regel nor

der Subjette bes Reichelagebnurststummertfulle von ift, werben bem Reiche um

Schönstedt.

Der auf 131 000 Mark abgeschäute Gesammtverth der abgetrekenen Landflächen (§. 1) ist in Bracklung der Bestrachnung unter Br. VII der Berordnung wegen der könftigen Bebandlung des gesammten Staatsschuldenweiens vom 17. Januar 1820 (Geieß-Sammk. S. O) der Staatsschuldentilgungskasse aus allgeneinen Staatsbords zuzuführen.

Chatgopher in Worlin bin 27, 20st 1800.

(Nr. 9740.) Verfügung bes Justizministers, betreffend bie Anlegung bes Grundbuchs für einen Theil ber Bezirke ber Amtsgerichte Albenhoven, Düren, Eupen, Heinsberg, Jülich, Malmedy, Bonn, Eitorf, Euskirchen, Rheinbach, Goch, Kempen am Rhein, Ahrweiler, Evblenz, Cochem, Kirn, Münstermaiselb, Simmern, Trarbach, Bell, München Gladbach, Opladen, Obenkirchen, Grevenbroich, Lebach, Bölklingen, Neuerburg, Merzig, Rhaunen und Herneskeil. Vom 13. Mai 1895.

Unf Grund des S. 49 des Gesetzes über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechts vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im S. 48 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlußsrist von sechs Monaten

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Aldenhoven gehörigen Gemeinden Niedermerz und Laurensberg,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Düren gehörigen Gemeinden Abenden, Hedingen und Haftenrath,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Eupen gehörige Gemeinde Longen,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Heinsberg gehörigen Gemeinden Effeld und Birgelen,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Jülich gehörige Gemeinde Hompesch, für die zum Bezirk des Amtsgerichts Malmedy gehörige Gemeinde Nidrum,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Bonn gehörige Gemeinde Urfeld,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Citorf gehörige, einen Theil der politischen Gemeinde Much bildende Katastergemeinde Löbach, für die zu demfelben Amtsgerichtsbezirk gehörige, einen Theil der politischen Gemeinde Herchen bildende Katastergemeinde Leuscheid, für die zu demfelben Amtsgerichtsbezirk gehörigen, die politische Gemeinde Winterscheid bildenden Katastergemeinden Winterscheid, Bröl und Dehrenbach,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Euskirchen gehörige Gemeinde Ober-

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Rheinbach gehörige Gemeinde Miel,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Goch gehörige Gemeinde Pfalzdorf,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Kempen am Rhein gehörige Gemeinde Wankum,

für die zum Bezirk des Amtsgerichts Ahrweiler gehörige Gemeinde Calenborn, für die zum Bezirk des Amtsgerichts Coblenz gehörige Gemeinde Rhens, (Nr. 9740.)

- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Cochem gehörigen Gemeinden Kliding
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Kirn gehörige Gemeinde Kallenfels,
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Münstermaifeld gehörige Gemeinde Dreckenach,
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Simmern gehörigen Gemeinden Bergenhausen und Rayerschied,
  - für die zum Bezirk des Umtsgerichts Trarbach gehörige Gemeinde Lauzenhausen,
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Zell an der Mosel gehörige Gemeinde Löffelscheid,
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts München-Gladbach gehörige, einen Theil der politischen Gemeinde Hardt bildende Katastergemeinde alte Hardt,
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Opladen gehörige Gemeinde Reusrath,
  - für die zum Bezirk des Umtegerichts Obenkirchen gehörige Gemeinde Hochneutirch,
  - für die zum Bezirk des Amtsgerichts Grevenbroich gehörige Gemeinde Broich,
  - für die zum Bezirk des Amtsgerichts Lebach gehörigen Gemeinden Reisweiler und Hüttersdorf-Bupprich,
  - für die zum Bezirk des Amtsgerichts Völklingen gehörige Gemeinde Geis-
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Neuerburg gehörigen Gemeinden Roth, Niedersgegen und Ammeldingen an der Dur,
- für die zum Bezirk des Amtsgerichts Merzig gehörige Gemeinde Harlingen,
  - für die zum Bezirk des Amtsgerichts Rhaunen gehörige Gemeinde Hundheim,
- für die zum Bezirk des Umtsgerichts Hermeskeil gehörige Gemeinde Muhl-

am 15. Juni 1895 beginnen foll. Deldispelinik ein bigelt mug sie mit

Berlin, ben 13. Mai 1895.

für die zum Bezürk der Infligministieren Gemeinde Pratisort.

für die zum Wegirt des Limitagingt Gemeinde

für die gum Begirk des Huntsgerichts Coblenz gebörige Gemeinde Uthens.

#### Bekanntmachung.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Samml. S. 357) sind bekannt gemacht:

- 1) das am 15. Dezember 1894 Allerhöchst vollzogene Statut für den Entund Bewässerungsverband Groß-Brosende im Elbinger Deichverbande und Kreise Stuhm, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Marien-werder, Jahrgang 1895, Nr. 14 S. 95, ausgegeben am 4. April 1895 (vergl. die Bekanntmachung S. 46 Nr. 1);
- 2) das am 4. März 1895 Allerhöchst vollzogene Statut für die Drainagegenoffenschaft zu Glausche, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 17 S. 269, ausgegeben am 26. April 1895;
- 3) der Allerhöchste Erlaß vom 11. März 1895, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Düffeldorf zum Erwerbe des zur Erweiterung ihres Begräbnißplates hinter dem Tannenwäldchen erforderlichen, in der Gemarkung Golzheim belegenen Grundeigenthums, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düffeldorf Nr. 16 S. 163, ausgegeben am 20. April 1895;
- 4) das am 15. März 1895 Allerhöchst vollzogene Statut für die Entwässerungsgenossenchsaft zu Naffadel I, II, III, Naffadel Goslau und Schieroslawit im Kreise Kreuzburg D. S., durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 16 S. 119, ausgegeben am 19. April 1895;
- 5) ber Allerhöchste Erlaß vom 25. März 1895, betreffend die Berleihung des Rechts zur Chaussegelderhebung an den Kreis Dels für die von ihm zur Unterhaltung übernommene Chaussee vom Bahnhof Gimmel der Eisenbahnlinie Dels-Wilhelmsbrück nach Ulbersdorf und für den von ihm im Anschluß an diese Chaussee als Chaussee auszubauenden Weg von Ulbersdorf bis zur Reesewiß-Bernstadter Kreischaussee bei Schönau, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Breslau Nr. 19 S. 293, ausgegeben am 10. Mai 1895;
- 6) der Allerhöchste Erlaß vom 25. März 1895, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts, sowie des Nechts zur Chausseegelderhebung an den Kreis Tost-Gleiwiß, für die von ihm gebaute Chaussee von dem Endpunkte der Chaussee Pschyschowka-Laband bei Laband nach Kieferstädtel, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 18 S. 142, ausgegeben am 3. Mai 1895;
- 7) der Allerhöchste Erlaß vom 25. März 1895, betreffend die Herabsehung des Zinssußes der von der Stadt Düsseldorf auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 17. April 1882 aufgenommenen Anleihe von 4 auf 3½ Prozent, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 17 S. 181, ausgegeben am 27. April 1895;

35

- 8) das Allerhöchste Privilegium vom 1. April 1895 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihescheine der Stadt Hildesheim im Betrage von 3 000 000 Mark, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Hildesheim Nr. 18 S. 119, ausgegeben am 3. Mai 1895;
- 9) der Allerhöchste Erlaß vom 5. April 1895, betreffend die Herabsehung des Zinssußes der von dem Kreise Greisenberg auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 13. Juli 1887 aufgenommenen Anleihe von 4 auf  $3^{1/2}$  Prozent, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Stettin Nr. 19 S. 133, ausgegeben am 10. Mai 1895.

3) ber Allerbeddie Erlah vom 11 90 mg 1805, betreffent bie Verleibung Rebigirt im Burean bes Staatsministeriums.

Berlin, gebrudt in ber Reichsbruderei.